

Die Welt mit ihren verschiedenen Kulturen, Gesellschaften und Staaten besteht aus einer Verflechtung moderner und antimoderner Institutionen und Strömungen. Die verschiedenen Spannungen, die sich aus diesem Nebeneinander widersprüchlicher Kräfte und Ideen ergeben, sind eine der wichtigsten Ursachen für den sozioökonomischen und politischen Wandel.

Historische und aktuelle Beispiele zeigen, wie schmal der Grat ist, der über den Erfolg politisch gestalteter Transformationsprozesse entscheidet: Die EU-Osterweiterung oder die Umgestaltung gesellschaftlicher Großorganisationen sind zum Beispiel Aufgaben, die insofern auch eine Modernisierungsdimension haben, als es um die Anpassung bestehender Strukturen an neue Herausforderungen geht. Sowohl innerhalb einer Organisation als auch im Verhältnis zwischen Staaten kommt es daher immer zu einem Modernisierungsdruck, der selten von allen betroffenen Akteuren in gleicher Weise gesehen wird und daher zur Frontstellung zwischen „Traditionalisten“ und „Modernisierern“ führt. Es ist nicht immer eine Frage der Mehrheit, welche Richtung sich durchsetzt. Auch charismatische Persönlichkeiten können eine Organisation oder einen Staat auf eine der beiden Optionen festlegen – im Sinne einer Öffnung oder einer Schließung gegenüber den Herausforderungen der Moderne.

Was sind die Herausforderungen der Moderne, und was bedeutet das für die verschiedenen gesellschaftlichen Bewe-

gungen und Institutionen? Welchen Stellenwert haben insbesondere technisch-wissenschaftliche Entwicklungen bei der Entfaltung der Moderne?

Dimensionen der Modernität

Die Geschichte war immer auch die Geschichte von Konflikten zwischen neuen Herausforderungen und den darauf folgenden Reaktionen einer Gesellschaft, von *challenge* und *response*. Das, worauf es zu reagieren galt, war sehr unterschiedlich: Einflüsse und Machtansprüche fremder Kulturen, religiöse Umbrüche, neue Ideen wie etwa die der Aufklärung, die Ausweitung des globalen Handels durch die „Erschließung“ neuer Kontinente sowie technisch-wissenschaftliche Innovationen. Je mehr gesellschaftliche Bereiche von diesen Herausforderungen betroffen waren, umso tiefer haben sich die Umbrüche im Bewusstsein der Menschen ausgewirkt. Im Falle einer Revolution – dem Extremfall sozialen Wandels – stehen alle politischen Institutionen und kulturellen Grundlagen der Gesellschaft zur Disposition. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um eine politische Revolution handelt oder um eine des verstärkten technisch-ökonomischen Wandels wie die „industrielle Revolution“. Bis zum neunzehnten Jahrhundert war „Modernität“ fast nur auf den Bereich des kulturellen Überbaus beschränkt; erst im beginnenden zwanzigsten Jahrhundert lässt sie sich auf allen Ebenen ausmachen: „in Wirtschaft, Politik, Alltagsleben und Mentalität“ (Le Goff 1999).

Es ließe sich darüber streiten, wann der Prozess der Modernisierung begann und welche der vorhergehenden Entwicklungen man dazurechnen muss. Sicher gehören die Jahrhunderte währenden Kämpfe um die politische Souveränität, die mit dem Westfälischen Frieden 1648 zur Anerkennung noch heute gültiger Gleichgewichtsmodelle führten, ebenso dazu wie die Emanzipation der Kunst in der Renaissance und die Eindämmung königlicher Machtbefugnisse durch ständische Versammlungen, die Vorläufer der Parlamente (Reinhard 1999). Sinnvoll scheint es, den Beginn des Modernisierungsprozesses im achtzehnten Jahrhundert anzusetzen, wo die Philosophie der Aufklärung zusammen mit dem Entstehen neuer sozialer Schichten den Boden für die Französische Revolution bereitete. Parallel dazu haben die Entwicklungen in Wissenschaft und Technik den Anstoß für die erste industrielle Revolution gegeben (Otten 1986).

Modernisierung zeigt sich vor allem im Autonomiegewinn gesellschaftlicher Bereiche, die vordem entweder von der Kirche und/oder von einem absoluten Herrscher abhingen. Die Emanzipation erfasste aber nicht nur das Recht, die Wissenschaft und die Kunst. Mit der Idee der Menschenrechte wurden auch soziale Klassen und der einzelne Bürger Objekt und Subjekt des Emanzipationsprozesses. Die erkämpften Freiheiten, individuelle Grundrechte wie Autonomiespielräume ganzer Bereiche wie zum Beispiel Wissenschaft und Kunst, waren auch dann fast immer prekär, wenn sie zwar Eingang in die Verfassungen fanden, aber – das zeigt das Scheitern der Weimarer Republik – weder bei den gesellschaftlichen Eliten noch bei den Bürgern verwurzelt waren. Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft, eine wichtige strukturelle Voraussetzung für die Entfaltung politischer Freiheit sowie kultureller und ökonomischer Kreativität und Dynamik, ist kein Naturgesetz.

Historische und aktuelle Beispiele zeigen zur Genüge, dass erkämpfte Autonomiegewinne und Rechte von Bürgern und Institutionen von totalitären Regimen nach Belieben wieder eingeschränkt werden können, sei es im Namen der Staatsräson, der Machtsicherung einer Dynastie oder einer Religion.

Mit der zunehmenden Autonomie gesellschaftlicher Bereiche entwickeln diese eine spezifische Rationalität. Die Entfaltung weitgehend autonomer Bereiche bedeutet für die Gesellschaft eine Effizienzsteigerung bei der Verarbeitung komplexer Probleme, aber auch die Verabsolutierung einzelner Werte. Die Entfaltung einer spezifisch ökonomischen Rationalität ist für die moderne Gesellschaft am bedeutsamsten. Adam Smith, Karl Marx, Max Weber unter anderen erkannten, dass die konsequente Verwirklichung ökonomischer („kapitalistischer“) Prinzipien zu sozialen und politischen Verwerfungen führen müsse.

Der Modernisierungsprozess hat neben der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilbereiche noch andere, ambivalente Folgen (Honneth 1994). So stehen den Emanzipationsgewinnen die Verluste an sozialer Sicherheit gegenüber: aus Handwerksmeistern wurden Fabrikarbeiter, aus Gesellen Tagelöhner. An der Schwelle zum zwanzigsten Jahrhundert standen sich schließlich zwei Klassen gegenüber, die (zumindest in Deutschland) durch politische Zugeständnisse (Einführung der Sozialversicherung und Erweiterung politischer Rechte) vom offenen Klassenkampf abgehalten wurden.

Kulturelle Indikatoren

Es waren Schriftsteller und Künstler wie Honoré de Balzac, Charles Dickens, Emile Zola unter anderen, die die Folgen der Industrialisierung auch für die Ebene der sozialen Beziehungen beschrieben haben. Besonders in der Lyrik (etwa bei Charles Baudelaire) und in den Dramen des

beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts (etwa bei August Strindberg) zeigen sich die Folgen der Modernisierung nicht nur für soziale Klassen, sondern für das Individuum selbst: Entfremdung, Verzweiflung und andere psychische Krisen erfassen die Künstler und die von ihnen geschaffenen Figuren. Schon damals waren die Ausdrucksmöglichkeiten von Künstlern und Schriftstellern den Analysen der Sozialwissenschaften überlegen. Die Dramen von Henrik Ibsen und Frank Wedekind sagen mehr über den Zustand der Gesellschaft und die ambivalenten Folgen der Modernisierung als die Sozialstatistik, zumal Kunstwerken auch die Form als eigenständige Ausdrucksform zur Verfügung steht.

Im neunzehnten Jahrhundert wurden die Widersprüche der Modernisierung nicht nur in der Herausbildung sozialer Klassen und neuer Kunstformen sichtbar, sondern auch im Entstehen nationaler, liberaler und anderer weltanschaulicher Strömungen. So wurde der „Kulturkampf“ der katholischen Kirche mit dem preußischen Staat noch durch die Frontstellung zwischen der humanistischen Kultur und der aufstrebenden technisch-wissenschaftlichen Elite ergänzt. Unter Bildung verstand man seinerzeit in erster Linie die Kenntnis der klassischen Sprachen und des eigenen nationalen Erbes. Nur so glaubte man eine Grundlage für die politische Form des Nationalstaates im Deutschen Reich gefunden zu haben. Die Entdeckung einer spezifisch deutschen Kultur diente dabei vor allem als Abgrenzung gegenüber anderen Nationalkulturen.

Im Gefolge der Industrialisierung wurde das Bemühen um die Begründung einer deutschen Nationalkultur überlagert durch die Suche einer wachsenden Schicht von Unternehmern, Wissenschaftlern und Ingenieuren nach sozialer Anerkennung. Sie hatten ein anderes Verständnis von Kultur als die humanis-

tisch geschulten Eliten. Das betraf etwa die Betonung des Nützlichen gegenüber dem „Guten, Schönen, Wahren“. Symbol für diesen Kulturkampf ist die Forderung der sich Mitte des neunzehnten Jahrhunderts konstituierenden technisch-wissenschaftlichen Vereine nach eigenen Hochschulen, den „technischen“ Hochschulen.

Dieser Kampf um die Anerkennung von Technik und Wissenschaft als kulturelle Leistungen ist ein Teil des Modernitätskonfliktes. Es geht dabei auch um das Fortschrittsverständnis: Sind Dichtung und Malerei Indikatoren für das kulturelle Niveau eines Volkes oder der „Stand der Technik“ in der industriellen Fertigung? An der Nützlichkeit naturwissenschaftlicher und technischer Kenntnisse in der Schulausbildung konnte für eine aufstrebende Industrienation kein Zweifel bestehen. Aber es war eben die scheinbare Orientierung am bloßen Nutzen, gegen die die konservativen Eliten – vergeblich – Sturm liefen.

Andere soziale Bewegungen um 1900 waren weniger unpolitisch und daher folgenreicher. Aus dem in weiten Kreisen vorherrschenden Unbehagen an der Moderne entstand eine inhomogene Bewegung, die sich unter dem Etikett der „konservativen Revolution“ versammelte. So unterschiedlich einzelne Vertreter (unter anderen die Brüder Ernst und Friedrich Georg Jünger, Carl Schmitt, Ernst Nieckisch, Oswald Spengler) und so widersprüchlich ihre Positionen auch waren: Gemeinsam war ihnen die Ablehnung der Moderne aus dem Geist der nationalen Erneuerung (Breuer 1995).

Für die Vertreter der „konservativen Revolution“ war die Moderne auch eine Folge des Liberalismus, der schon wegen seiner britischen Herkunft kein Modell für Deutschland sein könne. Der nicht nur von konservativen Gelehrten kritisierten Verstärkung und Industrialisierung mit ihren Folgen wie Entfremdung und Auflösung vermeintlich natürlicher Bande wur-

de das Idyll einer Einheit von Mensch und Natur entgegeng gehalten. Besonders bei den aus dem Katholizismus stammenden Autoren wie Adam Müller spielte das Argument der göttlichen Ordnung eine zusätzliche Rolle. Selbst Thomas Mann hatte während des Ersten Weltkrieges in seinen *Betrachtungen eines Unpolitischen* vehement die deutsche Kultur gegen die britische und französische „Zivilisation“ verteidigt und damit auch den aus seiner Sicht gerechten Krieg, in dem Deutschland die Rolle des Verteidigers spiele. Die Moderne bedeutete in den Augen dieser sehr heterogenen Modernitätskritiker die Zerstörung organischer Zusammenhänge durch einen blinden Ökonomismus und eine durch keinerlei moralische Skrupel gebremste Verwissenschaftlichung der Welt. Folglich sahen sie zum Beispiel in den Metropolen Symbole des Niederganges und nicht wie zum Beispiel viele Künstler einen Humus für neue Ideen.

Konflikte zwischen Tradition und Moderne

Der Modernisierungsdruck geht häufig von technisch-wissenschaftlichen Innovationen aus. Die Geschichte der Dampfmaschine, des mechanischen Webstuhls, der Chemie, des Autos und heutzutage der Life Science und des Internets zeigt, dass Innovationen zur Grundlage ganzer Industrien werden können. Lange bevor der Prozess der Globalisierung politisiert wurde, entschied die Innovationskraft eines Landes auch über seine politische Macht. Technisch-ökonomische Innovationen sind auch die Ursache für das Entstehen und Schicksal neuer sozialer Schichten. Die Arbeit in den Fabriken des neunzehnten Jahrhunderts erforderte andere Fertigkeiten und Tugenden als die in handwerklichen Kleinbetrieben und in der Landwirtschaft. Heute ist es der Wandel von der Industrie- zur postindustriellen Gesellschaft, der ähnliche Umbrüche in der Gesellschaft verursacht wie vor 150

Jahren. Schon im neunzehnten Jahrhundert existierten moderne und antimoderne Strömungen, Strukturen und Institutionen nebeneinander. Den damaligen Metropolen mit ihren Salons, Akademien und Fabriken stand auf der anderen Seite ein großer landwirtschaftlicher Sektor gegenüber. Dies zeigte sich auch im Parteien- und Verbändespektrum.

Mit dem Bedeutungsschwund großindustrieller Unternehmen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts und der Zunahme kleinerer Betriebe im Hightech- und Dienstleistungsbereich entstehen neue Milieus, die die ehemaligen Klassen und Schichten ergänzen und schließlich ablösen. Dieser Wandel der Sozialstruktur hat für die politischen Machtverhältnisse erhebliche Folgen: Immer weniger können sich Parteien auf ihre traditionelle Klientel und damit Stammwähler verlassen. Stattdessen müssen sie eine Programmatik entwickeln, die heterogene Milieus (die „neue Mitte“) unter den Bedingungen einer Mediokratie anspricht.

Die Gesellschaft wurde im Verlauf der Industrialisierung immer mehr von den großen technischen Netzwerken des Verkehrs, der Telekommunikation, der Energieversorgung und der Logistik geprägt. Durch die Vernetzung mit den Weltmärkten entsteht eine Dynamik, durch die nur die jeweiligen Pioniere eines Verfahrens oder eines Produkts im Wettbewerb bleiben. Durch den ständigen Zwang zu Innovationen entstehen Spannungen zu allen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Sie werden schnell zu einem Korsett, das der weiteren Entwicklung von Innovationen im Wege steht. Es gibt aber Grenzen der Anpassungsfähigkeit soziokultureller Institutionen an diese Dynamik, wie sie insbesondere von Günter Anders (1956) und Arnold Gehlen (1957) beschrieben wurden. Es sind nicht zufällig die älteren Institutionen des Rechts und die des sozialen Zusammenlebens wie Ehe und Familie, die diesem

Modernisierungsdruck entgegenstehen. Ihre Berechtigung und ihr Entstehen verdanken sie dem Bedürfnis nach Stabilität und Sicherheit. Für die Politik gibt es somit zwei Optionen, die durch den Modernitätsdruck ausgelösten Konflikte zu lösen: entweder durch Anpassung der sozialen Institutionen an die technisch-ökonomische Dynamik oder durch die politische Gestaltung dieser Dynamik. Eine Modernisierungspolitik, die soziale Konflikte vermeiden will, muss sich beide Optionen offen halten.

Konflikte entstehen dadurch, dass die hinter den vermeintlich zurückgebliebenen Strukturen und den vermeintlich fortschrittlichen Entwicklungen stehenden Interessen nicht zum Ausgleich gebracht werden können. Nur im günstigsten Fall gelingt ein konfliktfreies Nebeneinander von Altem und Neuem. Die Regel sind Auseinandersetzungen in mehreren Arenen: In der Kultur und in den Medien geht es um die Deutungsherrschaft, in der Wirtschaft um Verteilungskämpfe zwischen alten und innovativen Branchen, in der Politik geht es um die Suche nach neuen Mehrheiten und Bündnissen jenseits der alten Konfliktlinien.

Es gibt aber nicht nur die elitären Auseinandersetzungen der Generationen um die Deutungsherrschaft, etwa die *Querelles des Anciens et des Modernes* in der Literatur und Kunst (Le Goff 1999), sondern auch den fundamentalistisch motivierten und politisch codierten Kampf gegen die Moderne. Er scheint dann zwangsläufig, wenn die Verlierer des Modernisierungsprozesses auf Ideologien zurückgreifen, die in ihren Augen notfalls auch den gewaltbereiten Widerstand gegen die Moderne legitimieren (Meyer 1989). Diskursive Strategien mit dem Ziel, diese Gruppierungen mit der Gesellschaft zu versöhnen, scheitern an der Geschlossenheit ihres Weltbildes. Dort, wo fundamentalistische Kräfte die politische Macht haben, werden den Bürgern elementare Rechte

vorenthalten; die Freiheiten moderner Gesellschaften werden als der „große Satan“ bekämpft.

Moderne ist kein Selbstläufer

Die Moderne ist kein Selbstläufer. In den religiösen, militärischen oder nationalistischen Diktaturen der Gegenwart wird jeder Ansatz, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit zu fordern, als Subversion geahndet. Auch die Moderne in den westlichen Industrieländern brauchte mehrere Revolutionen, Reformen und nicht zuletzt Akteure, die ihren Zielen zum Durchbruch verhalfen. Dass sich in einigen Ländern die Institutionen der Moderne wie Gewaltenteilung und Menschenrechte, Sozialstaat sowie Freiheit der Kunst und Wissenschaft durchsetzen konnten, verdanken sie auch dem souveränen Nationalstaat. Je mehr er die Moderne innerhalb seiner Grenzen stabilisieren konnte, umso mehr wird er heute zum Hemmschuh für die weltweite Durchsetzung sozialer Standards. Während sich die Wirtschaft global vernetzt und technologische Risiken die gesamte Ökosphäre betreffen, endet die Gestaltungskompetenz einer Regierung an den Landesgrenzen.

Spätestens seit dem Irakkrieg 2003 stellt sich die Frage, wer mit welcher Legitimation und welchen Mitteln gegen vermeintliche oder tatsächliche Gefahren für die Menschheit vorgeht – und mit welchen Zielen. Das Paradigma, wonach die Souveränität eines Staates als unantastbar gilt, wurde spätestens seit der militärischen Intervention auf dem Balkan infrage gestellt: Entscheidend sei vielmehr das Gefahren- und Konfliktpotenzial, das von einer Region oder einem Staat ausgehe, das eine Intervention rechtfertige.

Universalismus der Menschenrechte

Es gehört zur neuen Unübersichtlichkeit, dass diese Fragen Völkerrechtler und die Regierungen der NATO-Staaten in gleicher Weise erörtern wie Nichtregierungs-

organisationen. Vor allem Letztere erschrecken bei dem Gedanken, dass der Universalismus der Menschenrechte derzeit ausgerechnet von bürgerlichen und konservativen Regierungen durchgesetzt wird. Das Erschrecken betrifft nicht nur die Erkenntnis, dass man zur gleichen Konsequenz kommt, bei Verletzungen von Menschenrechten das Prinzip der staatlichen Souveränität brechen zu müssen (wie beim NATO-Einsatz im Kosovo). Es betrifft auch den Kern der linksliberalen Identität, zu dem immer die Durchsetzung universalistischer Prinzipien zählte. Wenn aber eine Politik des *appeasement* diese Prinzipien in geschlossenen Gesellschaften offenbar nicht durchsetzen kann, wer bleibt dann übrig? Die Frage ist vor allem, wie man diese Macht einbindet. Die politische Theorie und Praxis sehen sich da mit Fragen der staatlichen Souveränität und des Machtgleichgewichtes konfrontiert, die seit dem Peloponnesischen Krieg (durch Thukydides) gestellt werden und seit dem Westfälischen Frieden von 1648 eigentlich als gelöst galten.

In diesem Zusammenhang wird auch die Vision einer „Weltbürgergesellschaft“ (Beck 2000) diskutiert. Je mehr sich die nationalen Handlungsrestriktionen einerseits und globalen Risiken andererseits in der Moderne zeigten, umso wichtiger sei es, dass die Weltbürger als neuer Souverän wiederhandlungsfähig würden. Diese Vision wird ebenso scheitern wie vergleichbare Ideen von Kosmopoliten in der Vergangenheit. Es wird nie ein Weltbürgertum geben außer als idealistisches Konstrukt. Jürgen Habermas (1999) erinnert in diesem Zusammenhang an das Diktum Carl Schmitts „Wer Menschheit sagt, will betrügen“. Es sind im Wesentlichen Interessenkalküle, die nach wie vor Politik bestimmen, und nicht hehre Motive.

Die Praxis der internationalen Politik zeigt, dass nahezu jede Lösung unter dem

Aspekt nationaler Gewinne und Verluste gesehen wird. Selbst kleinste Änderungen innerhalb der EU sind den eigenen Wählern nur zu vermitteln, wenn sie zumindest keine Nachteile erkennen. Das Scheitern der Bemühungen um eine EU-Verfassung 2003 beim Verfassungsgipfel 2003 in Brüssel etwa belegt dies. Gerade in den Ländern, die erst nach dem Zusammenbruch des Ostblocks ihre Souveränität erlangt haben, gibt es eher ein verstärktes Bedürfnis nach nationaler Identität. Mit ihrer Mitgliedschaft in der EU wird diesen Ländern ein Sprung in moderne Strukturen zugemutet, der längst nicht von allen ihren Parteien gutgeheißen wird. Mit nationalen Tönen lassen sich auch im Westen (zum Beispiel in Norwegen und Dänemark) immer noch beträchtliche Stimmen gewinnen. Es würde den Integrationsprozess in der EU gefährden, würde man von den Gesellschaften des ehemaligen Ostblocks zusätzlich ein Weltbürgertum erwarten, die schon bei der Verlagerung einiger Zuständigkeiten nach Brüssel einen nationalen Souveränitätsverlust befürchten.

Je mehr sich die Moderne im neunzehnten Jahrhundert entfaltete, umso mehr entluden sich die ökonomischen und soziokulturellen Spannungen im Kampf gegen die Symbole der Moderne: Verstädterung, Bürokratie und Technik. Im neunzehnten Jahrhundert entstanden Parteien und andere Großorganisationen vorwiegend entlang der Konfliktlinien (*cleavage*) zwischen Arbeit und Kapital sowie zwischen Stadt und Land. Mit dem Wertewandel in den siebziger Jahren entstand eine neue Konfliktlinie zwischen materiellen und immateriellen Interessen. Seit den neunziger Jahren deutet sich eine weitere Konfliktlinie an: die zwischen Gewinnern und Verlierern im Modernisierungsprozess. Während sich die Nutznießer dieses Prozesses durch die etablierten Parteien mehr oder weniger vertreten fühlen, haben die Verlierer zum

Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in fast allen Industriestaaten geführt.

Dieser Parteitypus ist trotz gewisser Ähnlichkeiten nicht ohne weiteres als Fortsetzung der faschistischen Massenparteien Europas aus der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zu verstehen. Die soziale Basis der neuen Populisten ist vorwiegend das Milieu der „kleinen Leute“ – aber auch junge Aufsteiger, wie zum Beispiel die niederländische und dänische Variante dieser Parteien zeigt. Hans-Georg Betz fragt, ob diese neuen soziopolitischen Spannungslinien „auch in Zukunft“ die politischen Auseinandersetzungen bestimmen werden, „die sich aus der Kombination von Postindustrialisierung und Globalisierung ergeben“ (Betz 2001). Es sind also keineswegs nur „neue soziale Bewegungen“, „Gegenöffentlichkeiten“ und „Nicht-Regierungsorganisationen“, die den Protest gegen die Moderne und die Globalisierung artikulieren (Rucht 1994). Auch beim Protest gegen die „Amerikanisierung“ der nationalen Kulturen und Lebenswelten vermischen sich die Grenzen der traditionellen politischen Lager. Kritiker der Moderne und insbesondere der Großtechnik entstammen heute unterschiedlichen Milieus und bilden Koalitionen auf Zeit.

Kritik wissenschaftlicher Diskurse

Die Sozialwissenschaften sind selbst ein Produkt der Moderne (Aron 1964). Von Anfang an wurde von ihren Fachvertretern der Prozess der Modernisierung analysiert und mit Begriffen zu erfassen versucht. Die Ergebnisse sind ebenso heterogen wie die Moderne selbst. Zum Fundus sozialwissenschaftlicher und -philosophischer Modernitätstheorien gehören – mit jeweils unterschiedlicher Betonung – die Säkularisierung, die Gewaltenteilung, die Anerkennung individueller Menschenrechte, die Arbeitsteilung, die Industrialisierung, das Entstehen von Metropolen, die Rationalisierung und Ent-

zauberung der Welt, die wachsende Autonomie gesellschaftlicher Bereiche, die Kolonialisierung der Lebenswelten, die globale Vernetzung mit technischen Infrastrukturen, das Zusammenrücken von Märkten, die Auflösung großer sozialer Klassen und Schichten zu Gunsten kleinerer, heterogener Milieus und selbstbestimmter Lebensformen, die Zunahme des Dienstleistungssektors zu Lasten des Agrar- und Industriebereiches, die Allpräsenz der Medien. Neben diesem Fundus mehr oder weniger gemeinsam anerkannter Charakteristika der Moderne gibt es deutliche Akzentuierungen, die sich etwa durch Etikettierungen wie Freizeit-, Spaß-, Risiko-, Informations-, Wissens- oder Mediengesellschaft voneinander abgrenzen. Alle diese „Gesellschaften“ unterstellen einen dominanten Trend, der andere gesellschaftliche Institutionen und Akteure entscheidend prägen.

Es gehört zum Kennzeichen der modernen Gesellschaft, dass alle diese Etikettierungen ihre Berechtigung haben, solange sie nicht verabsolutiert werden. Gerade das Nebeneinander traditioneller und moderner Institutionen ist das eigentliche Kennzeichen der modernen Gesellschaft. Nicht nur an der Grenze zwischen Metropolen und ihrem provinziellen Umland zeigt sich ein Nebeneinander von Salon und Stammtisch, von Wissensarbeit in virtuellen Firmenverbänden und Schwarzarbeit. Es hat den Anschein, als würden sich beide Welten gegenseitig stabilisieren: So „rechnen“ sich Bauprojekte nur, wenn Subunternehmen eingepplant sind, in denen selbst minimale Standards der Entlohnung und Sicherheit kaum eingehalten werden. Längst hat man sich daran gewöhnt, dass nur wenige Straßen von den modernsten Dienstleistungszentren entfernt Parallelgesellschaften von Migranten und „Ausgegrenzten“ existieren, die ihre eigenen Lebenswelten und Ökonomien besitzen, die allenfalls Schnittstellen, aber keine echten

Verbindungen zu der Gesellschaft haben, die wir als modern bezeichnen.

Daher ist es zu kurz gegriffen, wenn in einigen Theorien als Kennzeichen der modernen Gesellschaft die Dominanz der funktionalen Differenzierung gegenüber anderen Formen der Differenzierung – der segmentären, stratifikatorischen sowie der zwischen Zentrum und Peripherie – hervorgehoben wird. Es entspricht allein der Alltagserfahrung, dass vor allem die nach diesem Schema als weitgehend historisch bezeichneten Differenzierungsformen die soziale Realität weitaus eher beschreiben als die funktionale Differenzierung. Vieles spricht dafür, dass dieses Modell ein konstruierter Idealtypus ist.

Gemeinsam ist diesen konstruktivistischen und systemtheoretischen Interpretationen der modernen Gesellschaft, dass sie vom Absterben alter und dem Aufkommen neuer Differenzierungsformen ausgehen. Dahinter steht die Annahme einer irreversiblen Entwicklung zu höheren Stufen, deren höchste die moderne Gesellschaft ist. Bemerkenswert an dieser Theorievariante ist, dass sie konkrete Akteure weitgehend unberücksichtigt lässt. Sie sind es aber, die die als Ausdifferenzierung bezeichneten Autonomie-spielräume erkämpft haben, und es ist eine Frage der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, ob und wie diese Autonomie gesichert wird. Daher ist die Annahme einer quasi natürlichen Höherentwicklung der Gesellschaft allenfalls für Staaten zu rechtfertigen, die über eine stabile politische Kultur und Verfassung verfügen. Es gehört daher zu den Irrtümern der Entwicklungspolitik, erfolgreiche Modelle der Nationenbildung ohne Berücksichtigung historischer und kultureller Besonderheiten auf andere Staaten zu übertragen.

Es sind vor allem die unter dem Etikett der Systemtheorie zusammengefassten soziologischen Ansätze, die die Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Moderne in das Prokrustesbett ihrer Begriffe zwingen und damit den Anspruch verfehlen, moderne Gesellschaften auf den Begriff zu bringen. In der Erfassung der Moderne waren die bildende Kunst und Literatur der Soziologie schon immer überlegen. Niemand hat die Krise der Moderne zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts besser auf den Punkt gebracht als Autoren wie Hermann Broch, Alexander Döblin und Thomas Mann; die von ihnen gegebenen Erklärungen der Entstehung des modernen und kapitalistischen Denkens (etwa in *Hugenau oder die Sachlichkeit* von Broch oder in den *Buddenbrooks* von Mann) sind immer auch soziologische Analysen und gehen dennoch darüber hinaus. Gegen Ende des letzten Jahrhunderts sind es Autoren wie Michel Houellebecq und Aleksandar Tisma, die die Moderne mit ihren Facetten und Widersprüchen weitaus realistischer auf den Begriff bringen.

Die Sozialwissenschaften und -philosophie können dennoch zur Aufklärung der Gesellschaft über sich selbst beitragen. Sie bleibt aber beschränkt auf Einzelaspekte wie die Entfaltung der Arbeitsteilung, des Wandels der Sozialstruktur et cetera. Die notwendige Beschränkung auf Paradigmen, kommunizierbare Begriffe und Methoden ist der Preis, den jede Wissenschaft zahlen muss, wenn sie den Anspruch auf Erkenntnisgewinn erhebt. Dafür zahlt die Kunst den Preis ihrer Subjektivität, Mehrdeutigkeit und begrenzten Kommunizierbarkeit. Wir leben – frei nach Kant – nicht im modernen Zeitalter, sondern im Zeitalter der Moderne.